

Die Linken wollen die „wirklich Reichen zur Kasse bitten“

Die Glocke 13.07.13



Der Bundesvorsitzende der Linken, Bernd Riexinger, hat am Freitag in Gütersloh Station gemacht und mit Menschen auf dem Berliner Platz über das Programm seiner Partei zur Bundestagswahl gesprochen. Unser Bild zeigt (v. l.) den Gütersloher Hans Dietrich, den heimischen Bundestagskandidaten Ludger Klein-Ridder, den Landesvorsitzenden Rüdiger Sagel und Bernd Riexinger.

Bild: Neitemeier

Kreis Gütersloh (mn). Im Rahmen seiner Sommertour hat Bernd Riexinger (57), der Bundesvorsitzende der Linken, am Freitag in Gütersloh Station gemacht. Mit dem heimischen Kandidaten Ludger Klein-Ridder (64) und dem Landesvorsitzenden Rüdiger Sagel (57) aus Münster warb der Stuttgarter auf dem Berliner Platz im Gespräch mit Passanten für „100 Prozent sozial“, das Programm seiner Partei zur Bundestagswahl.

Einer der Kernpunkte ist die Forderung nach einer Regulierung des Arbeitsmarkts. Damit genau richtig zu liegen, das hatten Riexinger zuvor Betriebsräte aus der Fleischindustrie, dem Handel und dem Dienstleistungsgewerbe bei einem Gedankenaustausch „klar bestätigt“.

Steigende Löhne, allgemeiner verbindliche Tarifverträge, kein Lohndumping über Werkverträge

ge, kaum noch befristete Verträge – dafür treten die Linken ein. Und für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde. „Zwar wären 8,50 Euro auch schon ein Fortschritt, die führen aber sicher in die Altersarmut“, so Riexinger. Zehn Euro entsprächen gerade dem Grundsicherungsniveau.

Die öffentliche Infrastruktur und Grundversorgung von der Kindertagesstätte über den Bildungs- und Gesundheitsbereich bis hin zu Straßen und Nahverkehr wollen die Linken ausbauen. Das Geld dafür soll von den „wirklich Reichen und Vermögenden“ kommen, sagt Riexinger: „Unsere fünfprozentige Steuer auf Vermögen über eine Million Euro brächte jährlich 80 Milliarden Euro.“ Immer mehr Menschen empfinden die derzeitige Vermögensverteilung als ungerecht, sagte der Bundesvorsitzende mit Blick darauf, dass „zehn Prozent der Bürger über

zwei Drittel des Vermögens verfügen“. Diesen Menschen müssen man zur Finanzierung des Gemeinwohls tiefer in die Tasche packen, so Riexinger. Man werde auf diese Weise aber weder die Reichen noch Betriebe in den Ruin treiben, hielt der Vorsitzende Kritikern entgegen.

Die Linke tritt zudem für eine Gemeinwohlsteuer anstelle der Gewerbesteuer ein, um Einnahmen der Kommunen zu verfestigen. Und die Partei fordert, dass Menschen mit einem zu versteuernden Monatseinkommen bis zu 7000 Euro mehr Geld in der Tasche behalten, alle anderen aber mehr abgeben sollen.

„Wir stehen für einen Politikenwechsel bereit – aber nicht um jeden Preis“, sagte Riexinger. Linke Politik werde es nur mit seiner Partei geben, das zeige NRW. Dort seien SPD und Grüne „nach der Wahl rechts abgebogen, obwohl sie vorher links geblinkt haben“.